

Konzeption eines postanarchistischen Ansatzes

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Mit dem hier vorgestellten postanarchistischen Ansatz wird eine solidarisch-kritische Befragung sozialer Bewegungen auf ihren Umgang mit Macht möglich, wozu ein Denken in Paradoxien genutzt wird. Ausgangspunkt der postanarchistischen Perspektive ist, dass Akteur*innen in (emanzipatorischen) sozialen Bewegungen ein ambivalentes Verhältnis zu Macht und Herrschaft haben, welches jeweils spezifiziert und problematisiert werden kann. Postanarchistische Ansätze gehen vom Konzept einer nach Autonomie strebenden Politik aus, die damit sichtbar und theoretisierbar wird. Damit betrachten sie, wie die ethischen, organisatorischen und theoretischen Ebenen von Akteur*innen-Handeln vermittelt werden.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

Im postanarchistischen Ansatz werden verschiedene theoretische Denkfiguren aus poststrukturalistischen Theorien mit anarchistischen Vorstellungen und Annahmen verbunden. Einen Hauptbezugspunkt dafür stellt Saul Newman (2010) dar, weil in seinem Werk diese Verbindung nachvollziehbar gezogen wird und damit Grundlagen für eine erneuerte politische Theorie entwickelt werden. Die Annahme eines grundlegenden Spannungsfeldes zwischen Politik und Ethik/Utopie erweist sich als plausibel, um anarchistisches Denken zu erfassen.

Anwendung: Methoden

Der Postanarchismus stellt einen theoretischen Ansatz zur Verfügung, aus welchem kein bestimmtes Methodenset folgt. Im Rahmen der entwickelten Betrachtungsweise wird die Annahme einer Kluft einerseits zwischen den Ansprüchen von bestimmten Akteur*innen und ihrem tatsächlichen Handeln, sowie andererseits zu anarchistischen Zielvorstellungen und Handlungsstrategien zu grunde gelegt.

Anwendung: Fallbeispiel

Illustriert wird der konzeptionelle Beitrag durch Erfahrungen in den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017.

Anwendung: Beispiele

Richard Day mit *Gramsci is dead* (2005) theoretisiert die globalisierungskritische Bewegung mit einer postanarchistischen Perspektive.

Saul Newman verbindet in *The Politics of Postanarchism* (2010) verschiedene Elemente poststrukturalistischer Theorien synkretistisch mit anarchistischem Denken um einen postanarchistischen theoretischen Ansatz zu entfalten.

Markus Lundström arbeitet in *An Anarchist Critique of Radical Democracy* (2018) mit postanarchistischer Theorie, um unter anderem die »Husby Riots« von 2013 unter einem spezifischen Blickwinkel zu betrachten.

Whose streets, whose power? – Which streets, what power?

**Ein postanarchistischer Ansatz zur Untersuchung
sozialer Bewegungen**

Jonathan Eibisch

1. Einleitung: Postanarchismus als spezifischer theoretischer Ansatz

Dieser Beitrag zielt darauf ab, Postanarchismus als theoretischen Ansatz einzuführen und für die empirische Forschung zu sozialen Bewegungen zu plausibilisieren.¹ Wenn ich hier eine postanarchistische Perspektive auf links-emanzipatorische soziale Bewegungen entfalte, so nehme ich den Titel dieses Sammelbandes dahingehend wörtlich, als dass es an dieser Stelle darum gehen soll, einen bestimmten Blickwinkel einzunehmen. Statt dies anhand einer empirischen Untersuchung zu veranschaulichen oder ein bestimmtes Methodenset zu beschreiben, möchte ich in diesem Text vor allem Fragen aufwerfen, um die Grundlinien einer postanarchistischen Perspektive zu umreißen. Es geht mir daher weniger darum, einen vollständig ausgearbeiteten Ansatz zu präsentieren, sondern einen Denkanstoß zu geben, wie solch eine Perspektive aussehen könnte. Gleichwohl entstanden diese Überlegungen unter dem Eindruck der Proteste gegen den G20-Gipfel, die 2017 in Hamburg stattfanden. Da bei diesem Großereignis verschiedenste Akteur*innen zusammenkamen, vielfältige Aktionsformen angewandt wurden und unterschiedliche politische Versammlungen stattfanden, die in einer Tradition

1 Erstmals angestoßen wurde die Diskussion um Postanarchismus durch Todd May (1994), der vorschlug, Poststrukturalismus als Theorie des Anarchismus zu betrachten. Dieser These wird hier nicht zugestimmt, sondern eher von potentiell eigenständigen *anarchistischen Theorien* ausgegangen, die sich selbstredend auf verschiedene andere Theorien beziehen und sich ihrer bedienen. Weitere wichtige Beiträge formulierten Saul Newman (2001) und Lewis Call (2002). In eine Auseinandersetzung mit Fragestellungen, die sich aus der postanarchistischen Debatte im englischsprachigen Raum ergeben, begibt sich Nathan Jun (2011), der »den« Postanarchismus verwirft und Anarchismus insgesamt als Bewegung jenseits der Moderne betrachtet. Im deutschsprachigen Raum spielten vor allem die Beiträge von Jürgen Mümken (2003; 2005), Jens Kastner (2000) und Gabriel Kuhn (2007) eine Rolle.

von Protesten sozialer Bewegungen zu sehen sind, eignen sich die Gipfel-Proteste sehr gut, um das Spezifische der postanarchistischen Perspektive darzustellen. Dabei stellt der Postanarchismus *eine* Möglichkeit dar, mit welcher eine eigenständige anarchistische Theoriebildung gelingen kann. Das heißt, Postanarchismus ist keine neue politische Unterströmung der vielfältigen anarchistischen Bewegung, sondern *eine* Variante, anarchistisch zu denken, zur Selbstreflexion anzuregen sowie Ambivalenzen auszuhalten, welche sich bei der Erforschung sozialer Bewegungen ergeben, um praxisnahe und -relevante Erkenntnisse zu generieren. Im Folgenden werden dazu, soweit dies in dem begrenzten Rahmen des Beitrags möglich ist, die politisch-theoretischen Grundlagen und die analytische Perspektive umrissen und einige Anwendungsmöglichkeiten konturiert.

2. Forschungsansatz: Postanarchismus als Denken in Paradoxien und Spannungsfeldern

2.1 Zum theoretischen Gehalt anarchistischer politischer Theorie

Analog zum Postmarxismus, welcher marxistische mit poststrukturalistischen Theorien verbindet, zielt der Postanarchismus darauf ab, die Prämissen und Ansatzpunkte anarchistischer Theorien zu dekonstruieren und zu erneuern, von denen angenommen wird, dass sie nach wie vor stark dem Denken der Aufklärung und der Moderne verhaftet sind (Mümken 2005: 11-22; Newman 2010: 6). Diese Grundannahmen zu dekonstruieren bedeutet jedoch nicht, die theoretischen Implikationen und die ethischen (Milstein 2013) und utopischen Fluchtländern (Kinna/Davis 2014), welche Anarchismus als gesellschaftspolitisches Projekt beinhaltet (z.B. egalitäre und freiwillige Selbstorganisation), generell über Bord zu werfen, sondern sie als sozial-revolutionäre Bezugspunkte zu reformulieren. Solch ein Entwurf eines nicht-fundamentalistischen Anarchismus' (vgl. Abensour 2012: 227-269) stellt sich insofern als besondere Herausforderung dar, da anarchistische Ansätze, Praktiken und Perspektiven zumeist mit starken ethischen Wertungen und Axiomen, Prinzipien oder Idealen einhergehen, die als Sedimente historischer Erfahrungen in Kämpfen sozialer Bewegungen zu verstehen sind. Diese stehen im politischen Denken des Anarchismus wiederum im Dreiklang von Lebensformen, politischer Philosophie und sozialer Bewegung (Loick 2017: 10ff.; vgl. Seyferth 2015: 14f.; vgl. Graeber 2009: 214). Mit dem postanarchistischen Ansatz werden ethische Grundwerte (z.B. Vielfalt, Gleichheit, Selbstbestimmung) mit Organisationsprinzipien (z.B. Dezentralität, Horizontalität, Autonomie) und theoretischen Axiomen (z.B. Pluralität, Kooperation, Selbstorganisation) als notwendigerweise verknüpft erachtet. Es geht also darum, neu zu betrachten und zur Debatte zu stellen, auf welche Weise verschiedene Akteur*innen ethische,

organisatorische und theoretische Überlegungen absichtsvoll oder unbewusst verbinden. Dennoch meint Postanarchismus einen theoretischen Ansatz und beschreibt keinen normativen Wertehorizont.

2.2 Die analytische Perspektive des Postanarchismus

Eine postanarchistische Perspektive stellt bei der Betrachtung sozialer Bewegungen Macht-Fragen (Rousselle/Evren 2011)². An dieser Stelle werden sie insbesondere an die bei den Protesten beteiligten Akteur*innen gerichtet, wobei zwischen deren jeweils eigenen Ansprüchen und Verständnissen einerseits und einer dezidiert anarchistischen Position andererseits zu unterscheiden ist. *Macht* wird im anarchistischen Denken keineswegs rundum abgelehnt, sondern differenziert betrachtet (Jun 2018; Clark 2013: 16–21) Allerdings wird besonders kritisch darauf geachtet, wo sie sich (potentiell) zu Herrschaft (vgl. Imbusch 2012; Aden 2004; Wallat 2015; Fisahn 2008) verdichtet. Wie bei anderen Ansätzen in der Bewegungsforschung geht es darum, durch eine solidarisch-kritische Bezugnahme auf emanzipatorische soziale Bewegungen diese als handelnde Subjekte in den Fokus zu rücken, anstatt Diskurse auf medialer Ebene oder politische Verhandlungen über sie zu betrachten. In diesem Zusammenhang lautet die alte, aber immer wieder neu zu stellende Leitfrage: Wie können sich Akteur*innen, die sich auf die Fluchtlinie hin zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft beziehen, Macht aneignen und diese zielgerichtet ausüben, ohne sich dabei selbst herrschaftsförmiger Methoden, Mittel und Subjektivierungsweisen zu bedienen? Bei allen dafür in Frage kommenden Akteur*innen aus dem Spektrum linker Bewegungen ist dahingehend von einer Kluft zwischen dem Anspruch, die Zielvorstellung einer herrschaftsfreien Gesellschaft verwirklichen zu wollen, und der Wirklichkeit eines durch verschiedene Herrschaftsverhältnisse geprägten und bedingten sozialen Handlungsräums auszugehen.

Damit einen Umgang zu finden, stellt ein kompliziertes Problem dar, wenn erstens davon ausgegangen wird, dass es eine Entsprechung von gewählten Zielen und angewandten Mitteln geben soll, wenn zweitens die bloße Negation des Bestehenden als nicht zielführend angesehen wird und drittens, wenn Handlungsstrategien verworfen werden, die allein auf Reformen abzielen. In diesem Zwiespalt stehen selbstverständlich auch jene, die im eigentlichen Sinne als Anarchist*innen zu bezeichnen sind, wobei sie jedoch oftmals eine ausgeprägte Sensibilität für diese Fragen besitzen. Denn seine Ursachen liegen in der Widersprüchlichkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen und Subjekten selbst. Mit diesen umzugehen, zeigt sich insbesondere dann als Herausforderung, wenn

² Die Beiträge von Süreyya Evren, Andrew M. Koch, Tadzio Mueller und Nathan J. Jun in Rousselle/Evren (2011) sind dafür aufschlussreich.

(theoretisch) ein radikal Anderes zur bestehenden Gesellschaftsordnung als Bezugspunkt angenommen wird. Dies ergibt Sinn, wird es als Bündel von Fluchtländern verstanden, an denen sich eine Politik der Autonomie fortwährend orientiert (Arduiti 2007: 210–224). Eine solche Politik der Autonomie ist als strukturelle Erneuerung der Verhältnisse zu denken, das heißt in der Rekonstruktion neuer gesellschaftlicher Institutionen und sozialer Beziehungen (vgl. z.B. Adamczak 2017).

Diese Herangehensweise spiegelt sich ebenfalls auf Ebene der Theorie wider und wird für den Postanarchismus von Newman meines Erachtens nach mit einer spezifisch anarchistischen Variante der poststrukturalistischen Figur der »politischen Differenz« (vgl. Bedorf/Röttgers 2010; Bröckling/Feustel 2010) gefasst, indem er *Politik* und *Anti-Politik* gegenüberstellt (Newman 2010). Als Anti-Politik werden vor allem die Sphären von *Utopie* und *Ethik* begriffen. Sie gilt Newman als hauptsächlicher Modus des »klassischen« Anarchismus mit dessen Ansatz, »das« Soziale gegen »die« Politik zu stellen. Politik werde gemeinhin vorrangig als »dem« Staat, das Soziale »der« Gesellschaft zugeordnet gedacht. Zwischen ihnen bestehe eine konstitutive Lücke, welche zu einer unauflöslichen Spannung führe. Im Zuge des Auftretens von Anti-Politik werden – in diesem Sinne – *verstaatlichte* Politikformen kritisiert und in Frage gestellt. Doch auch anarchistische Zielvorstellungen und Handlungsmuster lassen sich paradoxe Weise nur durch politische Praktiken umsetzen, weswegen anarchistische Ansätze auf eine *Politik der Autonomie* abzielen, um ihre eigene Bedingtheit zu überschreiten (Newman 2010: 11, 170).

Diese von Newman entfaltete, aus dem poststrukturalistischen Denken abgeleitete theoretische Figur ist meiner Ansicht nach äußerst sinnvoll, um Spannungen zu beschreiben, die dem Anarchismus grundsätzlich und aktuell inhärent sind. Weil sie darüber hinaus auch viele andere radikale politische Akteur*innen betrifft, kann sie dazu dienen, den postanarchistischen Ansatz zu umreißen, der genauer als ein *Denken in Paradoxien* bezeichnet werden kann. Die paradoxe Herangehensweise des Postanarchismus bietet neue Möglichkeiten, über gesellschaftliche Widersprüche nachzudenken, sie zu begreifen, aber auch in sie einzugreifen. Dieser zeigt auf, dass unsere Alltagsvorstellungen häufig von zahlreichen widersprüchlichen Annahmen durchzogen sind, die uns zumeist jedoch als unhinterfragte Wahrheiten gelten. Die Hinterfragung grundlegender Prämissen führt dabei zunächst zu Irritationen, weil Paradoxien die Widersprüche in unserer Intuition aufzeigen (Cuonzo 2015). Voraussetzung für diese Dekonstruktion und Anerkennung von Paradoxien ist das Eingeständnis, dass Widersprüche sich nicht einfach vermitteln lassen und zudem, dass es verschiedene Perspektiven,

Ansatzpunkte und Wege gibt und geben muss, wenn im anarchistischen Sinne von radikaler sozialer Revolutionierung der Gesellschaft gesprochen wird.³

Diese postanarchistische Herangehensweise soll nun anhand von Überlegungen zu nach Autonomie strebenden Politikformen und zu Hegemonietheorien (vgl. Eibisch 2017) an Beispielen aus den Protesten gegen den G20-Gipfel illustriert werden. Um diese Perspektive weiter zu untermauern, könnte in einem nächsten Schritt eine ausführliche empirische Studie an diese exemplarische Darstellung anschließen.

3. Forschungspraxis

3.1 Konzeptionen von (Anti-)Politik: Verstaatlichung der Zivilgesellschaft oder Politik der Autonomie?

Mit dem postanarchistischen Ansatz wird betont, dass »Politik« als Teil der sozialen Realität als vermachtes, herrschaftsförmiges und hegemonial strukturierteres Terrain zu betrachten und aus einer Perspektive grundsätzlicher Herrschaftskritik zu problematisieren ist. Die anarchistische Ethik und Utopie streben eben nicht nach Verhandlungen verschiedener Interessen bei Machtungleichheiten, sondern auf die prozesshafte Verwirklichung der Zielvorstellung einer konsensualen, egalitären, freiwilligen und autonomen Assoziation in Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Da herrschaftsförmige gesellschaftliche Verhältnisse vorgefunden und verändert werden sollen, gilt es dennoch auch aus anarchistischen Positionen heraus, »Politik« zu machen. Als Politik der Autonomie lehnt sie jedoch jene Politikformen ab, die dem Staat zugeordnet sind und stellt sie in Frage (Newman 2010: 98ff.; vgl. Lundström 2018: 77-82).

In Hinblick auf die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017 können so beispielsweise Versammlungen von zivilgesellschaftlichen⁴ Akteur*innen untersucht werden. Im Zuge der G20-Proteste wurde am 2. Juli 2017, das heißt

3 Dabei soll nicht geleugnet werden, dass sich das Denken in Paradoxien auch besonderen Gefahren ausgesetzt, nämlich erstens die vorhandenen Widersprüche zu relativieren, herabzuspielen und im schlimmsten Fall zu feiern und darum zu affirmieren, zweitens die Gegensätze, welche damit vermittelt werden sollen, überhaupt erst auf diese Weise zu konstruieren und damit alles diesem Schema zuzuordnen, drittens die Spezifik der verschiedenen Seiten überzubetonen und damit die gemeinsame Grundlage, auf der ihre Vermittlung und Ziele gedacht werden, nicht ausreichend zu bestimmen und schließlich viertens in seinen Schlussfolgerungen schwammig zu bleiben und einem selbstgenügsamen Sowohl-als-auch zu frönen. Siehe u.a. bereits die Kritik an Proudhon durch Marx (1962; 1963).

4 Der Begriff der Zivilgesellschaft wird hier im gramscianischen Sinne verwendet (Becker et al. 2013: 68ff.).

eine Woche vor dem eigentlichen Gipfeltreffen am 7. und 8. Juli, von Greenpeace, Campact, dem BUND, dem DGB, der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung und weiteren NGOs eine »Protestwelle« veranstaltet. Wie auch schon bei den Protesten gegen den G7-Gipfel auf Schloss Elmau im Jahr 2015, organisierten sie sich bewusst unabhängig von der linken Großdemonstration »Solidarität statt G20« –, um laut ihren Pressemitteilungen nicht mit »Gewalt« assoziiert zu werden. Mit dem Slogan »Eine andere Politik ist nötig«, wandten sie sich explizit *nicht* gegen die Ausrichtung des Gipfels in Hamburg, sondern appellativ an die Regierungen der G20-Staaten, »für mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit, mehr Transparenz und mehr Zusammenarbeit gegen soziale, ökologische und wirtschaftliche Verwerfungen« (G20 Protestwelle 2017) zu sorgen. Dies spiegelt den Grad der Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und NGOs auf die Regierungspolitik im internationalisierten neoliberalen Herrschaftsgefüge wider.⁵

Viele Teilnehmenden der Kundgebung »Protestwelle« waren politisch in lange bestehenden sozialen Bewegungen, wie der Friedens-, Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung, aktiv und sozialisiert worden. Es kann daher angenommen werden, dass sie vorhandene Bezüge und auch Sympathien bezüglich Graswurzelbewegungen und radikaler Regierungs- und Gesellschaftskritik haben. Gleichzeitig nehmen sie jedoch an solch einer Kundgebung teil, die sich explizit an neoliberalen Regierungen und demokratisch nicht legitimierte internationale Versammlungen richtet. Im Sinne der Konzeption einer *Politik der Autonomie* kann daher von einer Kluft zwischen dem Politikverständnis der die »Protestwelle« organisierenden NGOs und jenem der Teilnehmenden der Kundgebung ausgegangen werden. Selbstverständlich sind auch die Teilnehmenden als heterogene Gruppe mit unterschiedlichen politischen Bewusstseinsformen, Positionen und Bezügen zu den Veranstalter*innen anzusehen.

Im Rahmen eines postanarchistischen Ansatzes wäre nun danach zu fragen, ob und wie stark die individuellen politischen Ansichten und Politikverständnisse der Teilnehmenden der »Protestwelle« von jenem des veranstaltenden NGO-Bündnisses abweichen, inwiefern ihnen dahingehend Widersprüche bewusst sind, wie sie mit diesen umgehen und schließlich, wie sie selbst die Rolle der Zivilgesellschaft wahrnehmen. Dies könnte beispielsweise mit der Methode eines offenen Fragebogens geschehen.

⁵ Dabei handelt es sich um einen beidseitigen Annäherungsprozess, was auch an der Veranstaltung von Vorfeldgipfeln wie »Woman20«, »Youth20«, »Labour20«, »Civil20« und »Business20« durch die deutsche Bundesregierung deutlich wird. Überdeutlich ist, dass diese Regierungstechniken eine Form postdemokratischer Interessenaggregation und -vermittlung darstellen.

3.2 Eine anti-hegemoniale Hegemonietheorie: Hierarchisches Bewegungsmanagement oder Vielfalt der Affinitäten

Im Sinne Antonio Gramscis lässt sich Hegemonie

»als eine Form von Klassenherrschaft verstehen, die auf der Zustimmung großer Teile der Beherrschten basiert. (...) Herrschaft erschöpft sich nicht im Beherrschenden, im Unterwerfen, im Bezwingen. Vielmehr geht es um eine Kombination von Führung und Herrschaft, von Zustimmung und Unterwerfung, von Konsens und Zwang« (Becker et al. 2013: 19f.).

Es spricht nichts dagegen, dies wörtlich zu verstehen und das Streben nach Hegemonie als das Streben nach Herrschaft zu begreifen. Gramscis Hegemonietheorie ist dennoch auch für anarchistisches Denken anschlussfähig, wenn ihre analytische und ihre politische Dimension auseinandergehalten werden (vgl. Kastner 2011: 99f.). Dabei wird Hegemonie in historisch-spezifischen Gesellschaftsformationen von verschiedenen Akteur*innen zu sehr unterschiedlichen Graden angestrebt.

Nach Richard Day, der sich auf verschiedene poststrukturalistische Theoretiker, wie Jacques Derrida, Gilles Deleuze und Félix Guattari, Michel Foucault und Jacques Lacan bezieht, besteht die neoliberalen Regierungsform und ihre Gesellschaftskonzeption in einer »Hegemonie der Hegemonie« (Day 2005: 8). Damit beschreibt Day die Duldung verschiedener gegenhegemonialer politischer Projekte, weil jene die Struktur der hegemonialen Ordnung in ihrer Orientierung auf sie bestätigen, womit die Hegemonie der neoliberalen staatlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufrechterhalten wird. Diese hegt zudem soziale Bewegungen ein, konstruiert mit ihren Forderungen verschiedene Minderheiten und ordnet sie mittels einer Ideologie des liberalen Multikulturalismus dem Staat zu (vgl. Day 2005: 76-87).

Entgegen dieser Sogwirkung von hegemonialer Politik, der sich klassisch sozialistische Projekte, aber auch soziale Bewegungen fügten, problematisierten nach Day die »neuesten sozialen Bewegungen« (vgl. Sitrin 2018), namentlich die Globalisierungskritische Bewegung, die hegemoniale Strukturierung von Politik. Sie wendeten sich mit *nicht-hegemonialen* und *anti-hegemonialen* Praktiken und Perspektiven *gegen* das Streben nach politisch-kultureller Hegemonie⁶ selbst, die

⁶ Als *anti-hegemoniale Politik* kann im Rahmen der G20-Proteste beispielsweise der militante Demonstrationszug auf der Elbchaussee am Vormittag des 7. Juli 2017 angesehen werden. Bei diesem waren keine Versuche, »Regierungspolitik« zu beeinflussen, erkennbar. Stattdessen ging es bei der bewussten Verursachung von Sachschäden um die symbolische Wirkung einer *klaren Absage* an die Politik der G20 (beziehungsweise, das, was der Staatsgipfel insgesamt für die De-

sie nicht übernehmen, sondern abbauen und angreifen wollen würden (Day 2005: 5-18; 44ff.; 123ff.; vgl. Ardit 2007: 206). Dazu föderierten gleichberechtigte und autonome Akteur*innen nach einer Logik der »Affinität« zu einem heterogenen Kollektivakteur als »movement of movements« (Day 2005: 178-186), anstatt etwa zentral gegründet oder von einer bestimmten Fraktion geführt und vereinheitlicht zu werden.

Zumindest die radikaleren Strömungen der heterogenen globalisierungskritischen Bewegung – welche oft als »anarchistisch« beschriebenen wurden (Graeber 2009: xi-xiii) –, vertreten diese Organisationsprinzipien (die jedoch zugleich auch ethischen und theoretischen Überlegungen folgen, siehe S. 2). Im Rahmen eines internationalen Großevents, wie die Proteste gegen den G20-Gipfel, kann es dabei immer wieder zu Spannungen mit professionellen Bewegungspolitiker*innen kommen, die tendenziell ein Bewegungsmanagement bilden. Dieses zeichnet sich durch eine eigene Sprache und bestimmte Hierarchien aus und weist damit einen Abstand zu einem Großteil der Protestierenden auf, welche sie potentiell vereinnahmen können. In Einzelfällen werden bezahlte Stellen geschaffen, um Proteste zu managen. Daraus folgt die Etablierung von formellen Sprecher*innen, da diese professionellen Bewegungspolitiker*innen für die Protestierenden sprechen. Infolgedessen interpretieren sie auch deren Handlungsweisen und suggerieren insgesamt eine politische Wirkmächtigkeit und Seriosität der sozialen Bewegungen, mittels der sie an hegemoniale Diskurse anzudocken hoffen. Dies deutet auf eine Orientierung auf hegemoniale Politikformen dieser Bewegungsaktivist*innen hin. Diese ist bei den unterschiedlichen Akteur*innen in Protestbündnissen verschieden ausgeprägt. Als eine bedeutende Kraft innerhalb des bewegungslinken Spektrums kann im deutschsprachigen Raum zweifellos der »postautonome« Zusammenschluss »Interventionistische Linke« (IL) betrachtet werden, der sich im Vorfeld auf die Mobilisierungen zum G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 formiert hatte und sich daher in Hinblick auf die Proteste gegen den G20-Gipfel in besonderer Verantwortung sah. Die Aktivist*innen beteiligten sich während der Gipfelproteste an mehreren Aktionen und organisierten die Aktion zivilen Ungehorsams »Block G20« unter dem Motto: »Colour the red zone«. Um mit einem postanarchistischen Ansatz nicht-hegemoniale und anti-hegemoniale Perspektiven stark zu machen (ohne jedoch jegliche Form hegemonialer Politik per se abzulehnen), kann die IL darauf hin untersucht werden, inwiefern ihre Politikformen hegemonial orientiert sind. Dies ist beispielsweise mittels einer Textanalyse

monstrationsteilnehmer*innen verkörperte). Die friedliche Aneignung des öffentlichen Raumes durch das »hedonistische Massencorner«, zu welchem für den 4. Juli 2017 aufgerufen wurde und an dem sich mehrere tausend Personen beteiligten, kann als *nicht-hegemoniale Politik* begriffen werden. Zwar wurden hier vor allem auch von »Recht-auf-Stadt«-Initiativen bestimmte politische Inhalte artikuliert, diese können jedoch nicht einem bestimmten gegenhegemonialen Projekt zugeordnet werden.

eines offiziellen Statements der IL als »vorläufige Bilanz« zu den Gipfel-Protesten vorstellbar. Der Text »Die rebellische Hoffnung von Hamburg« (IL-Bilanz 2017) vom 12. Juli 2017 kann dafür als paradigmatisch betrachtet werden. In ihm ist gut nachvollziehbar, wie die eigene, partikulare Deutung der Protestereignisse als allgemeine Beschreibung derselben ausgegeben wird und Aktionen verschiedener Akteur*innen gezielt einem diffusen »Wir« zugeordnet werden, von welchem angenommen werden kann, dass sich die IL als ihre Protagonistin sieht. Diesen Text aus einer postanarchistischen Perspektive heraus zu analysieren, sollte umgekehrt mit der Untersuchung einhergehen, wie unterschiedliche Akteur*innen ihre jeweils eigenen Sichtweisen in die Interpretation der Ereignisse einbringen. Daraus ließe sich der Blick auf die tatsächlich vorgefundene Bewegung richten, anstelle ein konstruiertes »Mosaik« links-emancipatorischer Bewegungen anzunehmen.

3.3 Emanzipationsverständnis und Subjektivierungsprozesse

Bisher wurde der postanarchistische Ansatz vor dem Hintergrund einer *Denkweise in Paradoxien* und der *Ambivalenz der Macht-Herrschaft-Problematik* umrissen und beispielhaft durch die Konzeption einer *Politik der Autonomie* und von *anti-hegemonialen und nicht-hegemonialen Politikformen und politischen Strategien* verdeutlicht. Diese Aspekte lassen sich sinnvoll mit der Darstellung eines spezifisch postanarchistischen *Verständnisses von Emanzipation* kombinieren und exemplarisch anhand der hedonistischen Rave-Demo am 5. Juli 2017 unter dem Motto »Lieber tanz ich als G20« diskutieren. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausgestaltung der Formen und Inhalte von politischen Ereignissen und Praktiken entscheidend dafür ist, ob und inwiefern sie emanzipierende Prozesse ermöglichen und begünstigen, und dass derartige Ermächtigungsvorgänge in kollektiven Erfahrungsräumen als wichtige Schritte für generelle Emanzipationsprozesse anzusehen sind. Mit einem postanarchistischen Ansatz kann danach gefragt werden, inwiefern das Konzept der Rave-Demonstration und ihre konkrete Umsetzung tatsächlich die »Spontaneität der Massen« (und somit ihr selbständiges und selbst-bewusstes Handeln) fördert oder nicht vielmehr eigentlich zu einer »Lethargie der Massen« beiträgt.

Weiterhin kann nach *Subjektivierungsprozessen in und jenseits der bürgerlichen Subjektform* gefragt werden, die im Postanarchismus zentral sind. Subjektivierung, die in Anschluss an Foucault (2015) zugleich als Unterwerfung und Handlungsbefähigung zu verstehen ist (Reckwitz 2008: 9-38), findet in allen Ereignissen der Proteste gegen den G20-Gipfel statt. Für einen postanarchistischen Ansatz sind dabei allerdings insbesondere die Krawalle im Schanzenviertel in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli 2017 interessant, da anarchistische Theorien der »temporären autonomen Zone« (vgl. Ardit 2007: 218f.) die befreienden Aspekte

von Aufstandssituationen betonen, weil hier Grenzüberschreitungen besonders intensiv erfahren werden und subjektivierend wirken. Doch sind jene Verhaltensweisen, die in Räumen sichtbar werden, in denen kurzzeitig das staatliche Gewaltmonopol ausgesetzt wird, vor allem Ausdruck der bürgerlichen Subjektform (beziehungsweise ihres Scheiterns), oder verweisen sie auf (und verwirklichen sie bereits) alternative Subjektformen, wobei Letztere – etwa nach anarchistischen ethischen Vorstellungen – als wünschenswert erachtet werden?

Die postanarchistische Perspektive und Denkweise lässt sich also prinzipiell mit anderen sozialwissenschaftlichen Theorien verbinden und auf weitere Felder der Bewegungsforschung beziehen. Die Ablehnung oder der Verlust der mit dieser Perspektive einhergehenden ethischen Implikationen und ihrer herrschaftskritischen Intention würde sie allerdings untergraben, da dadurch der legitime Anspruch aufgegeben werden würde, theoretische Überlegungen aus (immer normativ gefärbten) politischen Perspektiven und Traditionen abzuleiten. Dafür ist ein Übersetzungsprozess erforderlich, in dem normative Ausgangspunkte, politische Intentionen, theoretische Prämissen, Leerstellen und Widersprüche des postanarchistischen Ansatzes transparent und nachvollziehbar abgebildet sowie seine Begrenzung und Reichweite offengelegt werden.

4. Fazit

In diesem Beitrag wurde ausgeführt, dass die Perspektive des Postanarchismus sich wesentlich aus verschiedenen theoretischen Figuren des poststrukturalistischen Denkens speist und diese mit anarchistischen Annahmen, Gedankengängen und Erfahrungswelten verbindet. Mithilfe einer postanarchistischen Perspektive werden die ethisch-utopischen Zielvorstellungen des Anarchismus betont, welche nach Autonomie strebende Politikformen und Lebensstile inspirieren und zu radikalem Handeln motivieren. Einen interessanten Untersuchungsgegenstand – z.B. bei den Protesten gegen den G20-Gipfel – bilden dabei die Formen der Vermittlung zwischen ethischer, organisatorischer und theoretischer Ebene bei verschiedenen Bewegungsakteur*innen. Um nach der wechselseitigen Vermittlung von politischen Zielvorstellungen und jeweiligen Handlungspraktiken fragen zu können, gilt es, die Ebenen im theoretischen Ansatz des Postanarchismus gedanklich zu trennen.

Stärker als etwa postmarxistische Ansätze formuliert er dabei eine konkrete Herrschaftskritik, die ihn auf einer Meso-Ebene zu einer solidarisch-kritischen Infragestellung der Praktiken, Strategien, Zielsetzungen und Organisationsformen verschiedener Akteur*innen in sozialen Bewegungen führt. Dies geschieht im Bewusstsein der grundlegenden Ambivalenz im Umgang mit der Notwendigkeit der Aneignung und Ausübung von Macht, bei gleichzeitig permanenter

Verhinderung ihrer Verdichtung zu Herrschaft – jene Herausforderung, der sich Anarchist*innen oftmals entzogen haben. Weniger als beispielsweise postoperaistische Ansätze zielt der Postanarchismus auf die Umwälzung der gesellschaftlichen Totalität als Ganzes ab, geht jedoch ebenfalls von einem immanenten Vorhandensein als wünschenswert erachteter (solidarischer, gleichberechtigter, freiwilliger etc.) Beziehungen aus, welche es auszubauen gälte. Weil gesellschaftliche Verhältnisse darüber hinaus jedoch grundlegend transformiert werden sollen, ist die postanarchistische Perspektive nicht reformerisch, sondern sozial-revolutionär. Mit ihrem Denken in Paradoxien betrachtet sie »präfigurative Politik«, also einen Handlungsmodus des Als-ob (Herrschaft aufgehoben werden kann), um tatsächliche Handlungsmöglichkeiten in politischen Prozessen – bevorzugt bei Protestereignissen – auszumessen und gedanklich zu erweitern. Dieses Denken stellt einen sinnvollen Ansatzpunkt dar, um links-emanzipatorische Politikvorstellungen, gesellschaftspolitische Narrative und Handlungsstrategien fortwährend zu hinterfragen und auf radikale Fluchtrouten hin auszurichten.

5. Literatur

- Abensour, Miguel (2012): Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellistische Moment, Berlin: Suhrkamp.
- Adamczak, Bini (2017): Beziehungsweise Revolution, Berlin: Suhrkamp.
- Aden, Hartmut (Hg.) (2004): Herrschaftstheorien und Herrschaftsprägnomene, Wiesbaden: Springer VS.
- Arditi, Benjamin (2007): »Post-hegemony: outside the usual post-Marxist paradigm«, in: Contemporary Politics 13 (3), S. 205-224.
- Becker, Florian/Candeias, Marion/Niggemann, Janek/Steckner, Anne (Hg.) (2013): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte, Hamburg: Argument Verlag.
- Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (2010): Das Politische und die Politik, Berlin: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich/Feustel, Robert (2010): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen, Bielefeld: transcript.
- Call, Lewis (2002): Postmodern Anarchism, Lanham: Lexington Books.
- Clark, John (2013): The Impossible Community. Realizing communitarian Anarchism, London: Bloomsbury.
- Cuonzo, Margaret (2015): Paradoxien, Berlin: Berlin University Press.
- Day, Richard J.F. (2005): Gramsci is Dead. Anarchist currents in the Newest Social Movements, London/Ann Arbor: Pluto Press.
- Eibisch, Jonathan (2017): »Vom Inhalt und Nutzen postanarchistischer politischer Theorien«, in: Philippe Kellermann (Hg.): Ne znam. Zeitschrift für Anarchismusforschung 6, S. 91-109.

- Fisahn, Andreas (2008): Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, Köln: PapyRossa.
- Foucault, Michel (2015): »Subjekt und Macht«, in: ders.: Analytik der Macht, Berlin: Suhrkamp, S. 240–263.
- Graeber, David (2009): Direct Action. An Ethnography, Oakland/Edinburgh: AK Press.
- G20-Protestwelle (2017): Eine andere Politik ist nötig! https://www.cms.igmetall-kueste.de/files/D_a336425705.pdf. Zugegriffen: 05. März 2019.
- Imbusch, Peter (Hg.) (2012): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen, Wiesbaden: Springer VS.
- Interventionistische Linke (2017): Die Rebellische Hoffnung von Hamburg. Eine erste, vorläufige Bilanz der Interventionistischen Linken. www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg. Zugegriffen: 05. März 2019.
- Jun, Nathan J. (2011): Anarchism and Political Modernity, New York/London: continuum.
- Jun, Nathan J. (2018): »The State«, in: Carl Levy/Matthew Adams (Hg.), The Palgrave Handbook of Anarchism, New York/London: Palgrave Macmillan, S. 27–45.
- Kastner, Jens (2000): Politik in der Postmoderne: Libertäre Aspekte in der Soziologie Zygmunt Baumans, Münster: Unrast.
- Kastner, Jens (2011): »Hegemonie, Alltag und die ›langhaarigen und frenetischen Romantiker‹. Antonio Gramsci und der Anarchismus«, in: Philippe Kellermann (Hg.), Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung, Bd. 1, Münster: Unrast, S. 86–106.
- Kinna, Ruth/Davis, Laurence (Hg.) (2014): Anarchism and utopianism, Manchester: Manchester University Press.
- Kuhn, Gabriel (2007): Jenseits von Staat und Individuum. Individualität und autonome Politik, Münster: Unrast.
- Loick, Daniel (2017): Anarchismus zur Einführung, Hamburg: Junius.
- Lundström, Markus (2018): Anarchist Critique of Radical Democracy. The Impossible Argument, Cham: Palgrave Macmillan.
- Marx, Karl (1962): »Über P.J. Proudhon«, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Marx-Engels-Werke, Bd. 16, Berlin: Dietz-Verlag, S. 25–32.
- Marx, Karl (1963): »Brief an Pawel W. Annenkov«, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Marx-Engels-Werke, Bd. 27, Berlin: Dietz-Verlag, S. 451–462.
- May, Todd (1994): The Political Philosophy of Poststructuralist Anarchism, Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.
- Milstein, Cindy (2013): Der Anarchismus und seine Ideale, Münster: Unrast.

- Mümken, Jürgen (2003): *Freiheit, Individualität, Subjektivität*, Frankfurt a.M.: Assoziation A.
- Mümken, Jürgen (Hg.) (2005): *Anarchismus in der Postmoderne. Beiträge zur anarchistischen Theorie und Praxis*, Frankfurt a.M.: Assoziation A.
- Newman, Saul (2001): *From Bakunin to Lacan. Anti-Authoritarianism and the Dislocation of Power*, Lanham: Lexington Books.
- Newman, Saul (2010): *The Politics of Postanarchism*, Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Reckwitz, Andreas (2008): *Subjekt*, Bielefeld: transcript.
- Rousselle, Duane/Evren, Süreyya (Hg.) (2011): *Post-Anarchism: A Reader*, Chicago: Pluto Press.
- Seyferth, Peter (Hg.) (2015): *Den Staat zerschlagen. Anarchistische Staatsverständnisse*, Baden-Baden: Nomos.
- Sitrin, Marina (2018): »Anarchism and the Newest Social Movements«, in: Carl Levy/Matthew Adams (Hg.): *The Palgrave Handbook of Anarchism*, New York/London: Palgrave Macmillan, S. 659-676.
- Wallat, Hendrik (2015): *Fundamente der Subversion. Über die Grundlagen materialistischer Herrschaftskritik*, Münster: Unrast.